



18. Oktober 2023

PRESSEMITTEILUNG

Bezahlbar Wohnen - die neue soziale Frage

Der mangelnde Wohnraum in deutschen Großstädten und die Wohnungsbaukrise entwickeln sich langsam aber sicher zu einer sozialpolitischen Katastrophe. Um den Wohnraummangel nachhaltig zu bekämpfen, haben die KölnSPD und die Kölner SPD-Ratsfraktion eigene Ideen entwickelt. In langen Linien zeigt dabei der Leitantrag der KölnSPD auf, wie das Thema Wohnungsbau zukünftig aufgestellt werden soll. Die SPD-Ratsfraktion legt mit ihrem Antrag zur kommenden Ratssitzung einen Plan auf den Tisch, um den Wohnungsbau in Köln schnell wieder anzukurbeln.

Claudia Walther, Co-Vorsitzende der KölnSPD: "Die Wohnbaukrise trifft uns alle und nur gemeinsam können wir sie lösen. Wenn keine neuen Wohnungen gebaut werden, trifft dies nicht nur Familien, Rentner und Studierende, sondern führt auch dazu, dass Flüchtlinge über Jahre nicht aus ihren Unterbringungen können und sich an anderer Stelle die Obdachlosigkeit in unserer Stadt immer weiter verschärft. Deshalb müssen wir beim Thema Wohnungsbau die ganze Stadt im Blick behalten und dafür sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum wieder für alle Bevölkerungsschichten zur Verfügung steht. Köln muss eine Stadt für alle bleiben und darf keine Stadt nur für Wohlhabende werden."

Florian Schuster, Co-Vorsitzender der KölnSPD: "Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren zu DER sozialen Frage unserer Republik, aber vor allem auch in Metropolen wie Köln entwickelt! In Köln müssen wir zwischenzeitlich von einer echten Krisensituation sprechen, die ohne entschlossenes Handeln unmittelbar in eine sozialpolitische Katastrophe führen wird! Es ist doch klar: Auf teurem Boden entstehen keine günstigen Wohnungen. Deshalb muss die Stadt endlich dafür sorgen können, wieder günstiges Bauland für den geförderten Wohnungsbau anzubieten. In der Stadtverwaltung muss es zukünftig heißen ‚Vorfahrt für den Wohnungsbau‘, damit endlich schneller und mehr gebaut wird."

Christian Joisten, Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion: "Politik und Verwaltung müssen jetzt handeln! Deshalb schlagen wir ganz konkrete Maßnahmen vor, mit denen sofort Bewegung in den Wohnungsbau kommt. In der Stadtverwaltung muss in Sachen Wohnungsbau endlich der Knoten platzen. Dazu braucht es eine Task Force bezahlbarer Wohnungsbau, die den Weg für nötige Entscheidungen innerhalb der Stadtverwaltung frei macht. Zudem ist klar: Günstige Mieten gibt es nur mit öffentlicher Förderung. Deshalb schlagen wir ein neues Wohnungsbauförderprogramm von 1 Milliarde € vor, das den geförderten Wohnungsbau über die nächsten zehn Jahre anschiebt und trägt!"